Die glorreichen Sieben

Aufstieg und Fall der Kanzler in der Nachkriegsrepublik. *Von Jürgen Leinemann*

Als der Festredner von „unserem Umgang mit der Geschichte“ zu reden begann, schreckten in der ersten Reihe zwei Männer auf – belustigt Oskar Lafontaine, verwundert Helmut Kohl. Beide hatten sie offenbar nicht erwartet, daß der niedersächsische Ministerpräsident und künftige Bundeskanzler Gerhard Schröder den Tag der Deutschen Einheit nutzen würde, um – fast im Stil und Wortlaut des noch amtierenden Vorgängers – die Geschichte als Orientierungshilfe zu beschwören: Wer ohne sie auf die Zukunft blicke, sei nicht nur blind, sondern gefährlich, sagte Schröder.

Daß er sich auf ungewohntem Gebiet bewegte, war dem SPD-Politiker, geboren 1944 im vorletzten Jahr des Hitler-Krieges, bewußt. Er war aufgewachsen und groß geworden mit der alten Bundesrepublik. Nun sollte er das plötzlich reflektieren?

Fast entschuldigend sah Schröder empor zu den vielen jungen Zuhörern im Kuppelsaal des Kongreßzentrums von Hannover. Er wolle sie nun wirklich nicht auffordern, fortan besonders eifrig die Daten der Thronbesteigungen im späten Mittelalter auswendig zu lernen, sagte er, „die habe ich mir auch nie gut merken können“. Wahr sei aber – und das klang, als lerne er das selbst gerade: „Die Geschichte bleibt der einzige Schlüssel, um zu begreifen, was wir sind und warum wir sind.“

Gerhard Schröder hat einen verläßlichen Ruf als Spontanpolitiker, der sich bisher um Programme und Prinzipien, um Etabliertes und Überliefertes nicht sonderlich zu sorgen pflegte, wenn es ihm um Erfolg ging. Aber je konkreter die Aussichten auf den Wahlsieg wurden, desto bewußter wurde ihm, daß er nicht einfach das Chefzimmer im Kanzleramt der Bundesrepublik Deutschland beziehen würde, sondern auch seinen Platz in einer historischen Welt einnehmen müßte, in der es keine Stunde Null gibt.

Gerhard Schröder ist, wenn er am Dienstag dieser Woche vom Deutschen Bundestag gewählt wird, der 28. deutsche Kanzler seit Otto von Bismarcks Reichsgründung 1871 und der 7. der Bundesrepublik Deutschland. Und wenn er auch der erste nach dem Zweiten Weltkrieg ist, der wieder einen vereinten deutschen Nationalstaat aus Berlin regieren wird – die Maßstäbe, die seine sechs Vorgänger hinterlassen haben, folgen ihm von Bonn nach Berlin.

Der erste ist fast schon eine Märchenfigur – Konrad Adenauer. Der sei eigentlich in seiner Kindheit nur ein Name gewesen, sagt Schröder, der sei immer sehr weit weg gewesen. Gerade fünf Jahre war er selbst, als der CDU-Patriarch aus Rhöndorf am 15. September 1949 in Bonn zum Regierungschef gewählt wurde, mit einer Stimme Mehrheit, seiner eigenen. Das waren die Hungerjahre auf dem Dorf im Lippischen. Der Knabe Schröder hatte voll damit zu tun, sich auf seinen neuen Stiefvater und einen kleinen Bruder einzustellen.

Der rheinische Katholik Konrad Adenauer, geboren am 5. Januar 1876, hatte schon ein politisches Leben hinter sich, als er sich der CDU anschloß. Der Zentrums-Politiker war von 1917 bis 1933 Kölner Oberbürgermeister gewesen, daneben Mitglied und Präsident des Preußischen Staatsrates. Die Nazis setzten ihn ab. 1944 saß er vier Monate in Gestapo-Haft.

Für die Nachkriegsdeutschen wurde das zerklüftete Indianergesicht Adenauers schnell zum Markenzeichen der Politik. Es verriet Gewitztheit und Würde, Lebensklugheit und Menschenverachtung. Daß der Alte aus Rhöndorf nach heutigen Vorstellungen gewiß kein makelloser Demokrat war, erschreckte damals wenige. Adenauer begann sofort, beargwöhnt von seinem sozialdemokratischen Widersacher Kurt Schumacher – dem vom Nazi-KZ gezeichneten deutschen Patrioten –, einen Teil der Fundamente für die Republik zu legen, die bis heute tragen.

Ohne Selbstzweifel dirigierte er – 1953 mit großer Mehrheit wiedergewählt, 1957 sogar mit absoluter Mehrheit bestätigt – die neue Demokratie der Westdeutschen ins westliche Lager. Nicht einmal die Wiederbewaffnung scheute er, um die Zuverlässigkeit der Bundesrepublik zu demonstrieren.

DPA

Boccia-Spieler Adenauer (1958)

Konrad Adenauer

CDU, Kanzler von 1949 bis 1963

1876 geboren in Köln
1917–1933 Oberbürgermeister von Köln
1949 Wahl zum Bundeskanzler
1953 Erster USA-Besuch
1955 Nato-Beitritt
1957 Unterzeichnung des EWG-Vertrages
1963 Rücktritt als Kanzler
1967 gestorben in Rhöndorf

Christdemokrat Adenauer 1949*: *Gewitztheit und Würde,*

* Am 23. Mai bei der Unterzeichnung des Grundgesetzes.

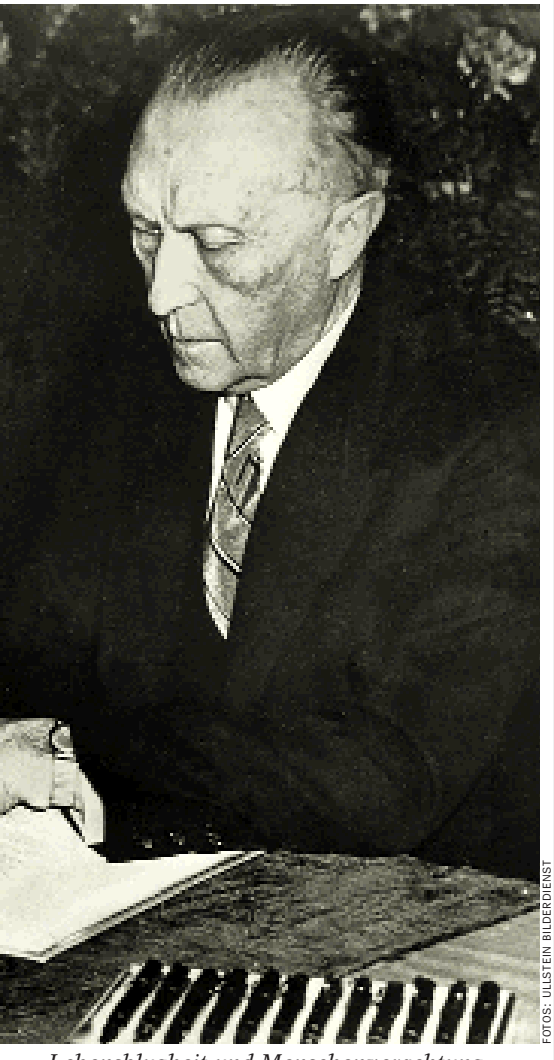
Wirtschaftlich integrierte Konrad Adenauer die Bundesrepublik in die Gemeinschaften, die sich heute zur Europäischen Union zusammengeschlossen haben. Zusammen mit dem französischen Präsidenten Charles de Gaulle symbolisierte der greise Deutsche die Verwandlung von Erbfeinden in eine Schicksalsgemeinschaft.

Vor allem aber setzte der Kanzler auf Amerika und verhalf der zunächst von den Siegern befohlenen demokratischen Freiheit damit zu einem erheblichen Prestigeschub. Demokratie, lernten die Deutschen, lohnt sich.

Der Entwicklung der „Sowjetzone“ zur DDR, die – nach dem zusammengebrochenen Aufstand von 1953 – als sozialistischer deutscher Staat sich mit Bonn auf diplomatischer Bühne einem Legitimitätswettbewerb stellte, begegnete Adenauer mit feindseliger Ignoranz. Die von ihm unverdrossen propagierte „Wiedervereinigung“ der beiden deutschen Teilstaaten gefror schnell zur pathetischen Feiertagsrhetorik.

AKG

Kanzler Erhard (1964): *Zornig vorgeprescht*



FOTOS: ULLSTEIN BILDERDIENST

Lebensklugheit und Menschenverachtung

Kein Zweifel – mit seiner klaren Westbindung hat Konrad Adenauer die Ära der Nachkriegszeit geprägt. Traditionsreste der Vorkriegszeit begannen sich mit Vorboten des American way of life zu vermischen. Antikommunismus und Wirtschaftswunder-Euphorie schufen jenes hektisch-starre Gemeinschaftsgefühl der Westdeutschen, das „der Alte“ mit seinem Slogan „Keine Experimente“ traf.

Die Deutschen wurden Fußball-Weltmeister. Gerhard Schröder spielte Mittelstürmer beim TuS Talle in der Bezirksklasse. Die Alten waren wieder wer. Die Jungen wollten erst wer werden.

Das war einfach und schwierig zugleich. Nie vorher oder nachher standen den Menschen die Aufstiegskanäle so offen wie damals, selten waren die Kommunikationswege so verschlossen. Denn bei aller formalen bürgerlichen Freiheit war Demokratie im Adenauer-Staat noch eine zutiefst obrigkeitsstaatliche Veranstaltung.

Das Klima aus Geborgenheit und Disziplin, aus Leistungsehrgeiz und Schlichtheit, in dem Konrad Adenauer selbst im wilhelminischen Kaiserreich groß geworden war, mochte am Rhein antimonarchisch, antipreußisch und antimilitaristisch eingefärbt gewesen sein. Die unterschwellige Verinnerlichung der Autorität des Staates war in seinem Umgang mit den Bürgern unverkennbar.

Wem das nicht gefiel, der konnte ja „nach drüben“ gehen. Im Bonner Haus der Geschichte steht der Rosenzüchter Konrad als niedlicher Gartenzwerg in der Vitrine, ein Dokument grober Irreführung. Denn Konrad Adenauer war nie „pingelig“, wie er zu sagen pflegte, wenn es darum ging, die Kritiker und Gegner seiner politischen Auffassungen zu verteufeln und die eigenen Anhänger emotional aufzuwiegeln. Sein demagogisches Rüstzeug – etwa gegen Willy Brandt – war furchterregend. Bis zum Schluß war der alte Kanzler härter, knorriger, verletzender und kämpferischer, als es die glättende Erinnerung wahrhaben will.

Ludwig Erhard

CDU, Kanzler von 1963 bis 1966

1897 geboren in Fürth
1948 Währungsreform tritt in Kraft
1949–1963 Wirtschaftsminister im Kabinett Adenauer
1963 Wahl zum Bundeskanzler
1965 Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel
1966 Rücktritt als Kanzler
1977 gestorben in Bonn

Präsident Johnson, Erhard (1963)

Doch war die Idylle Programm. In Kombination mit Wirtschaftswunder und Antikommunismus ermöglichte sie der Kriegsgeneration, sich über Nachfragen zur Nazi-Zeit hinwegzumogeln. Adenauer hatte, gerade weil an seiner persönlichen Anti-Hitler-Haltung kein Zweifel möglich war, wenig Skrupel, den Kommentator der Nürnberger Rassengesetze, Hans Globke, in sein Kanzleramt zu holen und den Ex-Nazi Theodor Oberländer sogar als Minister ins Kabinett.

„Zu den Selbstzweifeln seiner Zeit fand er keinen Zugang“, schreibt Adenauers Biograph Werner Weidenfeld, „auch nicht zu den Personen, die diese kritische Selbstreflexion betrieben – Dichter, Theologen, Philosophen, Wissenschaftler.“ Je länger er im Amt blieb – 1961 wurde er ein viertes Mal gewählt, doch verlor er seine absolute Mehrheit –, desto schwächer wurde sein Kontakt zur Gesellschaft, die sich rapide veränderte.

Gerhard Schröder arbeitete, als Adenauer endlich mit 87 Jahren aus dem Amt schied, schon als Verkäufer im Eisenwarengeschäft Feistkorn in Göttingen. Acht Jahre Volksschule hatte er hinter sich und eine Einzelhändlerlehre in Detmold. Seine Zukunft als Fußballer auch.

Dafür fing Schröder an, sich für Politik zu interessieren. Bei allen Parteien guckte er sich um, einmal geriet er in eine Versammlung, die einem rosig-feisten Mann lauschte, der dicke Zigarren schmauchte und mit tiefer Stimme sein fränkisches „R“ rollte. Das war Ludwig Erhard, der zweite Kanzler der Bundesrepublik.

Niemand hat wie dieser Mann den starrsinnigen Groll des alten Adenauer zu spüren gekriegt. Aber Erhards Wahl zu

J. H. DARCHINGER

Kabinett Kiesinger im Kanzlerpark (1967): *Weltläufiger Provinzler*

seinem Nachfolger am 16. Oktober 1963 konnte er nicht verhindern.

Allerdings hatte sich Ludwig Erhard, wie sein Biograph Paul Noack schreibt, „im Augenblick seiner Regierungsbildung sozusagen schon selbst überlebt“. Denn seinen Ruhm als „Vater des Wirtschaftswunders“ hatte sich der Professor bereits als Wirtschaftsminister im Adenauer-Kabinett erworben. Da war er – sehr zum Verdruß des Alten – zum populärsten Mann geworden.

So sah er es auch selbst. „Eine meiner Hauptaufgaben während des Wiederaufbaus lag darin, daß ich dem deutschen Volke durch meine eigene Gläubigkeit immer wieder Zutrauen in die Zukunft einimpfe.“

Auf das Zutrauen des damals 19jährigen Verkäufers und Abendschülers Gerhard Schröder mußte er verzichten. Der trat im Oktober 1963 der SPD bei.

Trotzdem – Ludwig Erhard sah sich, in seinem harmoniesüchtigen Demokratieverständnis, als den geborenen Nachfolger Konrad Adenauers. Das erschien ihm nicht nur gerecht, sondern auch logisch. Er glaubte mit messianischer Inbrunst an die Kraft der Vernunft.

Politik empfand er als störend, die „Befreiung des Menschen aus der Gängelung des Staates“ konnte nach seiner Vorstellung nur die Ökonomie bewirken.

Auch Ludwig Erhard ragte noch aus der Weimarer Vergangenheit in die Nachkriegszeit hinein, ein Wissenschaftler zudem, kein Politiker. Bis 1942 arbeitete der im Ersten Weltkrieg verwundete Erhard, Sohn eines Fürther Textilhändlers, in einem Nürnberger Institut für Wirtschaftsbeobachtung. Weil er nicht Mitglied der NS-Arbeitsfront werden wollte, mußte er ausscheiden.

Seine Stunde kam mit der Währungsreform am 20. Juni 1948. Der amerikanische General Lucius D. Clay hatte den Direktor der Frankfurter Wirtschaftsbehörde nicht frühzeitig informiert – zornig preschte Erhard vor und gab die Geburt der Deutschen Mark im Hessischen Rundfunk bekannt, als sei es seine eigene Entscheidung gewesen.

Als er 15 Jahre später Kanzler geworden war, hatte zu seinem Unglück nicht nur die Zeit des ungebremsten Zuwachses ein erstes, vorläufiges Ende, vorbei war auch das Gefühl des rasenden Zeitstillstandes. Mit den Auschwitz-Prozessen tauchte die Vergangenheit wieder auf; die Jungen meldeten auch eigene Vorstellungen von der Zukunft an. Beatles-Frisuren, Jeans und Miniröcke ließen den rosigen Spießer Ludwig Erhard, der Schriftsteller „Pinscher“ nannte und „Maßhalten“ predigte, wo es gerade richtig loszugehen schien, besonders überständig erscheinen.

Selbst die Ost-West-Konfrontation veränderte sich. Nach dem Bau der Mauer und der Kuba-Krise orientierten sich die Großmächte in Richtung Entspannung. Die starren Bonner mit ihrem Alleinvertretungsanspruch störten plötzlich – zumal Erhard sich zwischen den US-Präsidenten Lyndon B. Johnson und Frankreichs Charles de Gaulle hin- und hergezerrt fühlte.

Entscheidungsschwach, weinerlich, moralisierend – am Ende wurde Ludwig Erhard, dem 1965 nur sechs Mandate an der absoluten Unionsmehrheit gefehlt hatten, von den eigenen Leuten gnadenlos aus dem Amt gewatscht, metaphorisch gesprochen.

Eine wirkliche öffentliche Ohrfeige fing sich dann Bundeskanzler Nummer drei ein, der schwäbelnde Schönredner Kurt Georg Kiesinger, der am 1. Dezember 1966 sein Amt antrat. Gerhard Schröder, nun 22 Jahre alt, hatte gerade in Bielefeld am Westfalen-Kolleg sein Abitur nachgemacht.

Zwei Jahre später stand dann bei einem CDU-Parteitag in Berlin plötzlich eine

Kurt Georg Kiesinger

CDU, Kanzler von 1966 bis 1969

1904 geboren in Ebingen
1940–45 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Reichsaußenministerium
1958–1966 Ministerpräsident von Baden-Württemberg
1966 Wahl zum Bundeskanzler der Großen Koalition
1969 Ende der Regierungszeit
1988 gestorben in Tübingen

Kiesinger (1969)

DPA

Parteifreunde Wehner, Brandt (1972)

Willy Brandt

SPD, Kanzler von 1969 bis 1974

1913 geboren in Lübeck
1933 Emigration
1957–1966 Regierender Bürgermeister von Berlin
1966–1969 Außenminister
1969 Wahl zum Bundeskanzler
1970–73 Ostverträge
1971 Friedensnobelpreis
1974 Rücktritt als Kanzler
1992 gestorben in Unkel

Kanzler Brandt beim Kniefall in

junge Frau hinter dem Bundeskanzler und rief: „Kiesinger, Nazi!“ Als der sich umdrehte, „hab’ ich ihm eine gelangt“, erinnert sich die Angreiferin Beate Klarsfeld.

Seit Kiesingers Wahl hatte die Frau, verheiratet mit einem Franzosen, dessen Vater in Auschwitz ermordet worden war, auf den Augenblick gewartet, den Rundfunkpropagandisten im Auswärtigen Amt der Nazis öffentlich mit seiner Vergangenheit zu konfrontieren.

Daß nicht einmal 25 Jahre nach dem Ende des Hitler-Reiches ein ehemaliger Nazi in der Bundesrepublik die Regierung führen durfte – unbeanstandet sogar von den Nazi-Verfolgten im eigenen Kabinett –, deutete zurück auf die erfolgreiche Totschweigepraxis der Adenauer-Jahre. Daß jetzt endlich öffentlich jemand dagegen aufstand, kündigte Umbrüche an.

Kiesinger, geboren 1904, war nach dem Urteil seines Biographen Gerhard Ziegler „der deutscheste Kanzler, der je in Bonn residiert hat“. Während des Krieges hatte er im Auswärtigen Amt Meldungen von Judenmorden als Greuelpropaganda klassifiziert. Im nachhinein schämte er sich für nichts.

Der weltläufige Provinzler aus Stuttgart, den Parteifreunde „König Silberzunge“ nannten, wurde in Bonn als Kanzler einer Großen Koalition zwischen Union und Sozialdemokraten gebraucht. Seine Stärke war, daß er keine hatte. Er moderierte als „wandelnder Vermittlungsausschuß“ zwischen Willy Brandt und Franz Josef Strauß, machte mit schwiemeliger Grandezza Staat und gewann keine eigene Kontur. Nur Herbert Wehner erwärmte sich zur Verwunderung seiner Genossen an Kiesingers lyrischen Ergüssen „gegen geistige und politische Versteppung“.

Gerhard Schröder, der inzwischen in Göttingen Jura studierte und bei den Jusos aktiv war, weiß sich an „diese Übergangsfigur Kiesinger“ kaum noch zu erinnern. „Der hatte doch eine Enkelin, die hieß Fröschle – von der ist mir mehr im Gedächtnis geblieben.“

Obwohl der national-konservative Kiesinger, dessen parlamentarisches Betätigungsfeld schon unter Adenauer die Außenpolitik gewesen war, die DDR weiterhin allenfalls als „Gebilde“ und „Phänomen“ betrachtete und nicht als Staat, lockerte er doch den starren Alleinvertretungsanspruch. Die Tabus der Hallstein-Doktrin bröckelten.

Kiesinger blockierte die Ansätze der neuen Ostpolitik seines Außenministers Willy Brandt nicht, kam aber wegen seines restaurativen Gesellschaftsbildes nicht in den Verdacht, er wolle wirklich etwas ändern. Für die Proteste der Apo gegen die undemokratische Machtkonzentration der Großen Koalition in Bonn und die Notstandsgesetze fehlte ihm jedes Verständnis.

Daß er sich unmittelbar nach der Bundestagswahl am 28. September 1969 von der Jungen Union als Sieger feiern ließ, während sich schon Walter Scheel und Willy Brandt zum sozial-liberalen Bündnis verabredeten, offenbart seine Eitelkeit und kennzeichnet seinen Mangel an politischem Gespür.

Am 21. Oktober 1969 wurde mit Willy Brandt zum erstenmal seit dem Sturz des Reichskanzlers Hermann Müller 1930 wieder ein Sozialdemokrat Kanzler einer deutschen Republik. Zu Recht konnte Willy Brandt danach sagen, nun habe Hitler endgültig den Krieg verloren.

Freilich war es angesichts der knappen sozial-liberalen Mehrheit nicht gleich vorauszusehen, daß Brandt den Deutschen nach nur fünfjähriger Amtszeit eine Art Komplementärentwurf zur Ära Adenauer hinterlassen würde – Ostpolitik als Ergänzung zur Westintegration, „Mehr Demokratie wagen“ statt „Keine Experimente“.

Unübersehbar aber war von Anfang an der Bruch mit der restaurativen Vergangenheit. Den Honoratioren der Vorkriegszeit folgte im Amt ein Arbeitersohn, unehelich geboren, vor den Nazis emigriert, mit der Ausländerin Rut Brandt verheiratet. In seiner Regierungserklärung triumphierte der 55jährige SPD-Chef: „Wir fangen erst richtig an.“

Das entsprach der Aufbruchstimmung im Lande. Längst hatte sich auch die Studentenrevolte von 1968 zu einem kulturrevolutionären Gesellschaftsumbruch ausgeweitet.

Willy Brandt wußte, was er wollte. Wie Konrad Adenauer hatte auch er eine klare Vorstellung von der zukünftigen Rolle der Deutschen in der Mitte Europas. Und wenn es sein mußte, konnte „der Willy“, „den wir ja alle auf ein Podest gehoben haben“, wie Schröder bekennt, ganz ordinär holzen und klotzen, um seine Politik über Krisen und Hindernisse hinüberzuretten.

„Urgestein“ pflegte Herbert Wehner diesen harten Kern bei Adenauer und bei sich zu nennen, ein unverletzliches Kraftzentrum, das seelische Energien und körperliche Substanz garantiert. Freilich

Helmut Schmidt

SPD, Kanzler von 1974 bis 1982

1918 geboren in Hamburg
1941–1945 Soldat
1961–1965 Innensenator in Hamburg
1969 Verteidigungsminister
1972 Finanzminister
1974 Wahl zum Bundeskanzler
1977 Schleyer-Mord
1982 Schmidt wird im Bundestag abgewählt

SVEN SIMON

Schmidt, Schleyer-Witwe (1977)

J. H. DARCHINGER

Kanzler Schmidt, Regierungschefs (1981)*: *„Erreichtes sichern“*

SVEN SIMON

Warschau (1970): *„Wir fangen erst richtig an“*

* Gaston Thorn, Zenko Suzuki, Ronald Reagan, Giovanni Spaldini, Margaret Thatcher auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Ottawa.

wäre er nicht auf die Idee gekommen, den „lauen“ Herrn Brandt mit dieser Kennzeichnung zu bedenken.

Selbstquälerischen Protestanten wie Wehner und – in Grenzen – auch Helmut Schmidt war Brandt zu sensibel und gefühlig. Die Phasen schwermütiger Selbstversenkung, die sich der SPD-Kanzler periodisch leistete, schienen ihn als Machtmenschen zu disqualifizieren. „Willy Wolke“, spotteten seine Gegner.

Tatsächlich hat kaum einer die Einsamkeit im Kanzleramt so symbolträchtig verkörpert wie Brandt. Erst im Rückblick erwies sich, wie vorsichtig zwar, aber auch wie cool und bisweilen rücksichtslos er mit Macht umzugehen wußte. Immer war sein „Charisma“ medienbewußt. Verläßlich wußte er sich vor Überwältigung durch Nähe zu schützen. Eine eisige Aura umgab ihn oft wie eine Glocke.

Daß Willy Brandt für seine Ostpolitik mit dem Friedensnobelpreis geehrt wurde, bedeutete gerade für die Nachkriegsgeneration, die mit ihren Eltern wegen der Hitler-Vergangenheit haderte, eine enorme Entlastung. Doch mißverstanden allzu viele den Kniefall in Warschau, der in der Welt als Signal deutschen Friedenswillens aufgenommen wurde, als endgültigen Verzicht auf die Einheit des Landes und der Nation: zwei deutsche Staaten als historische Sühne für Auschwitz.

FOTOS: DPA

Einheitskanzler Kohl in Erfurt (1990): *„Wo war damals Schröder?“*

Kohl (1982)

Helmut Kohl

CDU, Kanzler von 1982 bis 1998

1930 geboren in Ludwigshafen
1969–1976 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz
1982 Wahl zum Bundeskanzler
1989 Zehn-Punkte-Programm zur deutschen Einheit
1990 Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze
1993 Maastricht-Vertrag
1998 Abwahl

So hatte der Kanzler seine Geste aber nie gemeint. Anzuerkennen, was ist, hieß für Willy Brandt nie, daß es auch so bleiben müsse. An seinem linken Patriotismus, der Deutschland vereinigt wissen wollte, ließ er nie deuteln. Nur hörten seine „Enkel“ in der Partei – darunter auch Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine – das nicht. Entsprechend befremdet reagierten sie, als die Mauer tatsächlich fiel, und Willy Brandt behauptete, nun wachse zusammen, was zusammengehöre.

Ein Vorbild? Der SPD-Ehrenvorsitzende, dessen persönliches Bild noch an Tiefe gewonnen hatte durch die Art, wie er den plötzlichen Popularitätseinbruch am Ende seiner Amtszeit und den unwürdigen Rücktritt verkraftete, ist eher Idol als Modell für Gerhard Schröder, zu weit weg vom eigenen Lebenshintergrund. „Zu Willy habe ich einfach ein anderes Verhältnis. Mit dem kann man sich gar nicht vergleichen.“

Wie der CDU-Patriarch Konrad Adenauer war auch Willy Brandt am Ende seines Lebens „der Alte“, eine Legende zu Lebzeiten.

Der Mann, der Brandt nachfolgte, ist seinen Mitmenschen näher, nicht nur, weil er noch lebt. Helmut Schmidt, der am 16. Mai 1974 zum fünften Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt wurde, ist ein „Volkskanzler“ geworden und geblieben. Im Stil und im Inhalt fühlt sich Gerhard Schröder ihm verwandter als allen anderen Vorgängern. „Vor dem hatte ich immer Respekt. Jetzt erst recht.“

Besser vorbereitet als der Hamburger ist keiner ins Kanzleramt eingerückt. Der frühere Flak-Oberleutnant, der im britischen Kriegsgefangenenlager zum Sozialdemokraten wurde, studierte Staats- und Volkswirtschaft. 1953 zog er in den Deutschen Bundestag ein und machte sich schnell einen Namen als Experte gegen die Atomrüstung. Er war Innensenator in Hamburg, wobei ihm die Jahrhundert-Flutkatastrophe vom Februar 1962 Gelegenheit bot, spektakulär seine Kompetenz als Organisator vorzuführen.

1966 übernahm er in der Großen Koalition die Bundestagsfraktion, eine Schlüsselstellung. Nach dem „Machtwechsel“ 1969 wechselte Helmut Schmidt ins Kabinett Brandt, erst ins Verteidigungsministerium, dann ins Finanz- und Wirtschaftsressort.

Immer galt der Hamburger als potentieller Nachfolger des Regierungschefs. Und wenngleich die gemeinsamen öffentlichen Auftritte der Herren Brandt, Schmidt und Wehner immer mehr wie Werbeveranstaltungen für Kühlaggregate wirkten, wollte doch keiner als Rivale des anderen gesehen werden.

Als Helmut Schmidt dann zum lustlosen Ende der Ära Brandt selbst Kanzler wurde, fühlte er sich mit 55 Jahren als zu alt. Und doch blieb er acht Jahre, nahezu dreimal länger als Erhard oder Kiesinger.

Die politischen Umstände zwangen ihn in die Defensive. Der Brandt-Optimismus war vorbei. Eine kurze Epoche des Aufbruchs war zu Ende gegangen. Schon vor

Schmidts Amtsantritt hatte der Club of Rome die „Grenzen des Wachstums“ deutlich gemacht, die Ölkrise 1973/74 führte diese Wahrheit in den bundesrepublikanischen Alltag ein.

Auch die Entspannungspolitik erwies sich als gefährdet, erste Waffenbegrenzungsabkommen verschoben das Wettrüsten lediglich von der quantitativen auf die qualitative Ebene. „Das Erreichte sichern“, hieß bescheiden die zweite Regierungserklärung des Kanzlers Helmut Schmidt.

Nicht einmal das war leicht. Den massivsten Angriff auf das Erreichte unternahmen die Terroristen der Roten Armee Fraktion (RAF). „Eine spezifisch deutsche Tragödie“ nennt der damalige „Streetfighter“ und neue Außenminister Joschka Fischer heute die Anschläge der RAF.

Sechs Wochen lang reduzierte sich 1977 das Kanzleramt in Bonn auf eine Mischung aus Polizeihauptquartier und Bürgerkriegsbunker: Die Entführung und spätere Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer, die geglückte Erstürmung der von Terroristen gekaperten Lufthansa-Maschine „Landshut“ in Mogadischu und der Selbstmord der RAF-Häftlinge in Stammheim hielten die Nation in Atem.

Helmut Schmidt prägten diese Wochen für den Rest seines Lebens. Er zeigte sich allen Forderungen gegenüber unnachgiebig. Sein Abdankungsschreiben für den Fall eines mißglückten Befreiungsschlages trug er in der Tasche.

Der Rest war Alltag. Die beiden deutschen Staaten, Europa, die USA, alles dümpelte vor sich hin. Daheim: Staatsverschuldung, Arbeitslosigkeit, Konkurse – Zahlen, Zahlen, Zahlen. Politik verkümmerte zur Buchhaltung.

War das Normalität? Sinn für Augenmaß und Mitte? Längst hatte Helmut Schmidt, der erste Angestellte der Republik, keinen Blick mehr für die kulturellen und gesellschaftlichen Veränderungen, die sich außerhalb der etablierten Institutionen regten – Ökobewegung, Friedensbewegung, Frauenbewegung.

Auch Gerhard Schröder, sosehr er Schmidt bewunderte, war damals von den Unruhestiftern mehr fasziniert als vom stählernen Ordnungswillen seines Kanzlers. „Klar, ich habe mich an ihm gerieben, ambivalent war das Verhältnis ja.“

Schröder profilierte sich als Anwalt, wollte „Leute raushauen“. Er verteidigte homosexuelle Pfarrer, Atomkraftgegner, Berufsverbotsgeschädigte. Gut, „das war Beruf“, wie Schröder heute sagt. Aber am Ende stellte er sich auch bei der Raketennachrüstung gegen Helmut Schmidt.

Bis in diese Tage wirft ihm das Schmidts Nachfolger, Helmut Kohl, vor, der am 1. Oktober 1982 als sechster Kanzler vereidigt wurde. Stets hat sich der Christdemokrat damit gebrüstet, daß er jenen Nato-Nachrüstungsbeschluß im Parlament durchgebracht habe, bei dem die SPD ihren Regierungschef Schmidt verraten habe. Damit aber habe er das Ende der Sowjetunion mit ausgelöst und den Weg zur deutschen Einheit geöffnet. Und empört fragte er im jüngsten Wahlkampf: „Wo war damals eigentlich Gerhard Schröder?“

Der war damals Juso-Bundesvorsitzender und dann Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Jenen ersten Freitag im Oktober, als im Parlament ein verbitterter, einsamer Helmut Schmidt von einem erstaunlich selbstsicheren Helmut Kohl abgelöst wurde, nachdem Hans-Dietrich Genscher und seine FDP das Lager gewechselt hatten – diesen Tag wird Schröder nicht vergessen.

Daß der „schwarze Riese“ am Anfang keine besonders glückliche Figur machte, verführte zu Hoffnungen auf ein schnelles Ende. Daß Helmut Kohl statt dessen im Geschichtsbuch gelandet ist, verdankt er dem unverhofften Glück des Mauerfalls.

Als Kanzler der Einheit und als überzeugter Europäer hat er den wiederholt bekundeten Respekt seines Nachfolgers Gerhard Schröder erworben. „Dabei muß ich mich nicht verrenken“, sagt Schröder, der als erster Kanzler der Nachkriegsrepublik durch Abwahl seines Vorgängers ins Amt kommt.

Es dürfte Schröder nicht entgangen sein, daß drei seiner Vorgänger – Erhard, Brandt und Schmidt – schon an den Kabinettstischen ihrer direkten Vorgänger gesessen haben. Aber der Mann, der einzig als Vorbild taugt, heißt Helmut Schmidt.

M. DARCHINGER

Wahlsieger Schröder: *Pragmatisch und SPD-skeptisch*

Gerhard Schröder

SPD, Kanzler ab 1998

1944 geboren in Mossenberg
1978 – 1980 Bundesvorsitzender der Jungsozialisten
1990 – 1998 Niedersächsischer Ministerpräsident
1993 Niederlage im Kampf um den SPD-Vorsitz
1998 Absolute Mehrheit .bei Niedersachsenwahl
1998 Wahlsieger in Bonn

Darauf beharrt Gerhard Schröder nicht nur, weil er den Hamburger, der ihn mit seinem Besuch beim „Krönungsparteitag“ in Leipzig geehrt hat, für einen „bedeutenden Mann“ hält, pragmatisch und SPD-skeptisch wie er selbst. Sondern vor allem, weil der siebte Kanzler die politischen Umstände seines Regierungsbeginns, die wirtschaftlichen wie die politischen Daten, ähnlich düster sieht wie damals Helmut Schmidt.

Über den erzählt Johannes Rau eine hübsche Anekdote: Voller Entsetzen, so Rau, habe er, nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, bei der ersten gemeinsamen Konferenz zusammen mit seinen Kollegen und dem Bundeskanzler den Genossen Helmut Schmidt hereinstapfen und auf dem Stuhl fast zusammenbrechen sehen. „Dieses Land ist unregierbar“, habe Schmidt gestöhnt.

O Gott, dachte da der fromme Johannes Rau, steht es denn so schlimm?

Da sei ihm aber in seiner Not Bernhard Vogel zu Hilfe gekommen, der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz. Munter auf den grauen Kanzler deutend, flüsterte der dem verzagten Rau ins Ohr: „Heute ist er guter Laune. Sonst sagt er immer, die Welt sei unregierbar.“